



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Standard für den anderweitigen Unterricht

Anderweitiger Unterricht ist eine Unterstützungs- und besondere Beschulungsmaßnahme für hoch problembelastete Kinder und Jugendliche, die im Einzelfall gewährt werden kann, wenn andere Unterstützungsmöglichkeiten (ggf. mit Hilfen externer Kooperationspartner) innerhalb der Schule für den Schüler oder die Schülerin nicht ausreichend oder nicht geeignet erscheinen.

Voraussetzung für die Einleitung des Entscheidungsverfahrens ist die Anwendung des Leitfadens Schule und Jugendhilfe.

Leitziel der Maßnahme des anderweitigen Unterrichtes ist:

- Das Kind/der Jugendliche ist über den anderweitigen Unterricht nach seinen Möglichkeiten wieder in den Regelschulbetrieb integriert.

Der Gesamtprozess zur Einleitung, Durchführung und Rückführung in eine Regelschule liegt in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule. Dabei kommt es darauf an, dass die Schule als Experte aller schulischen Inhalte den Blick auf das Kind/den Schüler einbringt und die Jugendhilfe alle Aspekte des familiären Systems fokussiert und dementsprechend über geeignete sozialpädagogische Maßnahmen entscheidet.

Die Aufgabe des Jugendamtes dabei ist diesbezüglich konkret:

- Die Anamnese bezüglich der Lebensbedingungen des Kindes/Jugendlichen und deren Familien und Beratung,
- Die Erstellung einer sozialpädagogischen Diagnostik und darauf aufbauend die Einleitung geeigneter Unterstützungsmaßnahmen für das Kind/den Jugendlichen sowie deren Familien,
- Elternarbeit,
- Auswahl einer geeigneten Einrichtung

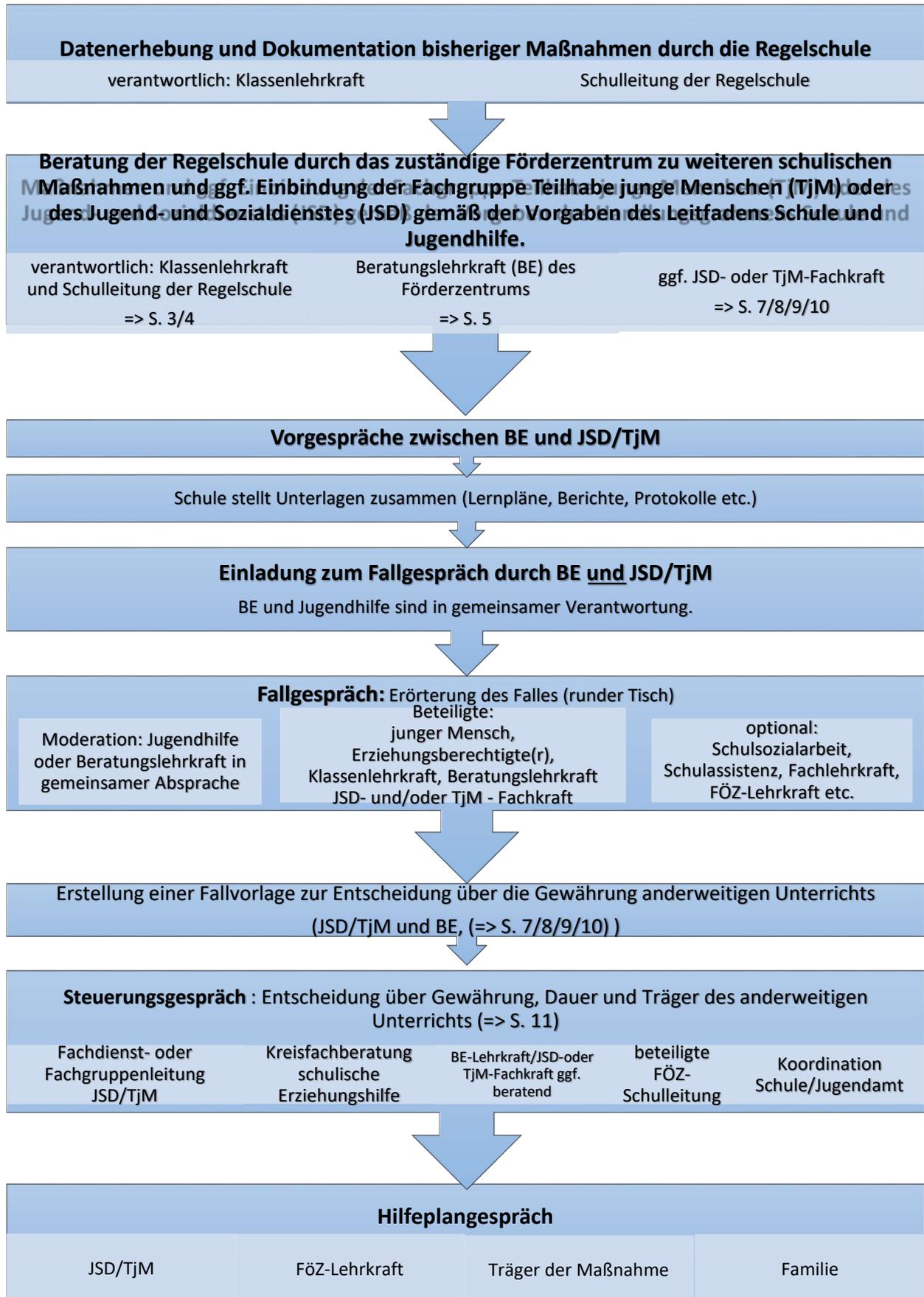
Die Aufgaben von Schule sind diesbezüglich konkret:

- Beratung und schulische Begleitung der Schüler*innen und Eltern während des Verfahrens, Dokumentation
- Sicherstellung der kontinuierlichen Anbindung an die Herkunftsschule oder an ein geeignetes anderes schulbezogenes Setting
- Schulpädagogische Begleitung der Maßnahme
- Rückführung in die Regelschule

Der Übergang in den anderweitigen Unterricht sowie die Rückführung in das Regelschulsystem wird in enger Kooperation von Eltern, Schule und Jugendhilfe sowie dem Träger des anderweitigen Unterrichtes gestaltet.



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht





Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Infobogen für die Beantragung von anderweitigem Unterricht

- Hilfe voraussichtlich nach SGB VIII § 27.3
 Hilfe voraussichtlich nach SGB VIII § 35 a

1. Daten (auszufüllen von der Regelschule)

Name und Anschrift des Kindes:	
Geburtsdatum:	
Name, Anschrift und Telefon der Eltern/ Sorgeberechtigten	
Zur Zeit besuchte Schule mit Kontaktdateien	
Klassenlehrkraft mit Kontakt- dateien	
BE-Lehrkraft mit Kontaktda- teien	
Schullaufbahn/ Klassenstufe	



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

2. Bisherige Maßnahmen (auszufüllen von der Regelschule)

<p>Welche pädagogischen Maßnahmen nach dem Schulkonzept wurden bisher durchgeführt? Welche waren (teilweise) erfolgreich? Welche schulischen Unterstützungsmaßnahmen wurden in Anspruch genommen (schulische Assistenz/ Schulsozialarbeit....)</p>	
<p>Ggf.: Welche Ordnungsmaßnahmen wurden durchgeführt?</p>	
<p>Besteht ein sonderpädagogischer Förderbedarf/welcher?</p>	
<p>Ein Lernplan wurde angelegt – Datum:</p>	
<p>Die Schulleitung wurde ausführlich informiert – Datum:</p>	
<p>Elterngespräche fanden statt und die Ergebnisse wurden dokumentiert – Daten:</p>	
<p>Verhaltensbeobachtungen zum Entwicklungsverlauf wurden dokumentiert – Daten:</p>	

**Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht****3. Weiterführende Maßnahmen (auszufüllen von der BE-Lehrkraft)**

Welches sind besondere Stärken/ Interessen des Kindes/Jugendlichen?	
Was wäre aus Sicht der Regelschule der wichtigste konkrete Entwicklungsschritt, der für eine erfolgreiche Mitarbeit in der Schule bearbeitet sein müsste?	
Welche Ressourcen liegen im Umfeld des Kindes/Jugendlichen?	
Beratung der Regelschule zu weiteren schulischen Maßnahmen hat stattgefun- den – Datum:	
Kontaktaufnahme mit JSD/TjM hat stattge- funden – Datum und Ansprechpartner:	

 FÖZ-Schulleitung ist informiert Kreisfachberatung ist informiert**Vorlage zum Vorgespräch:** Schweigepflichtentbindung (siehe Anhang)**Vorlagen zum Fallgespräch (Anlagen 1.1 bis 1.3) zusätzlich:** Infobogen 1/3 bis 3/3 aktueller Lernplan Einschätzung BE**Vorlegen zum Steuerungsgespräch (Anlage 2) zusätzlich:** Fallvorlage (JSD, TjM, BE)**Vorlegen nach dem Steuerungsgespräch:** Antrag Beurlaubung an das Schulamt (Anlage 3) Antrag TjM bzw. HZE (Anlage 4)



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlagen



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 1.1

Fallvorlage zur Entscheidung über anderweitigen Unterricht (Fachkraft des Jugendamtes + BE)

Beteiligte am Fallgespräch:

junger Mensch, Erziehungsberechtigte(r), Klassenlehrkraft, Beratungslehrkraft, JSD- und/oder TjM – Fachkraft, ggf. weitere Personen

Beratungslehrkraft: _____

Mitarbeiter/in Jugendamt: _____

Ein Austausch zum Fall hat am _____ stattgefunden.

Personalien

Name	Vorname	Geb.-Datum	Geb.-Ort

PLZ / Ort	Straße	Telefon

7 _____

Schule: _____ Klasse: _____

Lehrkraft: _____

	Mutter	Vater
Name		
Vorname		
Geb.-Datum		
Straße		
PLZ / Ort		
Telefon		
Staatsangehörigkeit		



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Sorgerecht:

Eltern Mutter Vater Vormund _____

Anlage 1.2

Fallvorlage zur Entscheidung über anderweitigen Unterricht (Fachkraft + BE)

1. Situationsbeschreibung

Beschreibung der Situation in der Schule (allgemein)
aus Sicht des Schülers/der Schülern
aus Sicht der Erziehungsberechtigten
aus Sicht der Klassenlehrkraft/BE-Lehrkraft
aus Sicht der Sozialarbeit



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 1.3

Fallvorlage zur Entscheidung über anderweitigen Unterricht (Fachkraft + BE)

2. Kernthemen

3. Ziele der Hilfe

4. weitere Unterstützungsstrukturen in der Familie (z.B. HzE)



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 1.4

Fallvorlage zur Entscheidung über anderweitigen Unterricht (Fachkraft + BE)

5. Welche Ressourcen stehen zur Verfügung

Persönliche Ressourcen

Soziale Ressourcen

10

Infrastrukturelle Ressourcen

Erste Ideen zur Erreichung dieses Ziels (Ideenkorridor, wie das Ziel erreicht werden könnte)



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 2

Ergebnis-Protokoll des Steuerungsgesprächs; Name _____, geb. _____

Datum:	Ort:	Zeit:
Teilnehmer*innen:		
Falldarstellung (versch. Sichtweisen)		
Zusammenfassung und Beschluss (ja/nein/welche Einrichtung/ab wann)		
Begründung		
Zeitliche Perspektive und Kernziel des a U ODER alternatives Vorgehen		
Weiteres Vorgehen / Wer macht was bis wann? a U ODER alternat. Maßnahmen		
Bemerkungen		
Unterschriften		
Jugendamt	Schulamt	



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 3

Antrag auf Beurlaubung durch die Sorgeberechtigten

An das

Schulamt
Kreis Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

Antrag auf Beurlaubung nach § 15 Schulgesetz Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage die Beurlaubung meiner Tochter / meines Sohnes

vom Schulbesuch der öffentlichen Schule

mit dem Ziel, anderweitigen Unterricht in einer geeigneten Einrichtung zu ermöglichen. Eine Beschulung an einer öffentlichen Schule ist aufgrund der erheblichen Schwierigkeiten im Bereich emotionale und soziale Entwicklung zur Zeit nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift/en



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 4.1

Antrag auf Hilfe zur Erziehung

Ich beantrage Hilfe zur Erziehung

Name / Vorname des / der Sorgeberechtigten:	
Anschrift:	Telefon:
Die Hilfe wird benötigt für die Erziehung von	Geburtsdatum:
	Geburtsort:
Begründung:	



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 4.2

Antrag auf Hilfe zur Erziehung

Ich wurde darauf hingewiesen, dass über meinen Antrag im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte beraten und entschieden wird. Ich stimme der Weitergabe der hierfür erforderlichen Daten zu. Die Fachkräfte sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Das Jugendamt stellt zusammen mit mir und dem Kind einen Hilfeplan auf. Der Hilfeplan enthält Angaben über Art, Dauer und Ziele der Hilfe. Es wird regelmäßig geprüft, ob die Hilfe weiterhin geeignet und notwendig ist.

Damit die beantragte Hilfe eingeleitet werden kann, entbinde ich das Jugendamt und die am Hilfeplan beteiligten und Hilfe erbringenden Institutionen (z.B. Heimeinrichtungen, Pflegepersonen, ambulante Fachdienste) gegenseitig von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit.

Nur für teilstationäre und vollstationäre Hilfen:

Ich wurde über die Bedeutung des § 1688 BGB hingewiesen. Hiernach sind Pflegepersonen und die in der Einrichtung für die Erziehung und Betreuung verantwortlichen Personen berechtigt, mich als Inhaber der elterlichen Sorge zu vertreten und in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu entscheiden, sofern ich nicht etwas anderes erkläre.

Ich wurde darüber informiert, dass ich ab Beginn einer teilstationären oder vollstationären Unterbringung zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann (§§ 91 bis 94 SGB VIII). Bei einer Maßnahme der Heimerziehung/ des Betreuten Wohnens ist zumindest das Kindergeld von mir einzusetzen (§ 94 III SGB VIII). Ich bin auf meine Auskunftspflicht gem. § 97 a SGB VIII hingewiesen worden.

Ort / Datum

Unterschrift des / der Sorgeberechtigten

Anlagen:

- Sorgerechtsnachweis
- Geburtsurkunde



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 5.1

Antrag auf Eingliederungshilfen gem. § 35 a SGB VIII

Name des / der Sorgeberechtigten bzw. des jungen Erwachsenen Datum

Anschrift Telefonnummer:

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat
FD 3.2 – FG Teilhabe junge Menschen

Dienstanschrift:
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

Antrag auf Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII für

Name:

geb.:

wohnhaft:

Tel.-Nr.:

Staatsangehörigkeit:

Art der Maßnahme:



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 5.2

Antrag auf Eingliederungshilfen gem. § 35 a SGB VIII

Ich wurde darauf hingewiesen, dass über meinen Antrag im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte beraten und entschieden wird. Ich stimme der Weitergabe der hierfür erforderlichen Daten zu. Die Fachkräfte sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Das Jugendamt stellt zusammen mit mir und dem Kind einen Hilfeplan auf. Der Hilfeplan enthält Angaben über Art, Dauer und Ziele der Hilfe. Es wird regelmäßig geprüft, ob die Hilfe weiterhin geeignet und notwendig ist.

Ich wurde über die Bedeutung des § 1688 BGB hingewiesen. Hiernach sind Pflegepersonen und die in der Einrichtung für die Erziehung und Betreuung verantwortlichen Personen berechtigt, mich als Inhaber der elterlichen Sorge zu vertreten und in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu entscheiden, sofern ich nicht etwas anderes erkläre.

Damit die beantragte Hilfe eingeleitet werden kann, entbinde ich das Jugendamt und die am Hilfeplan beteiligten und Hilfe erbringenden Institutionen (z. B. Heimeinrichtungen, Pflegepersonen, ambulante Fachdienste) gegenseitig von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit.

Ich wurde darüber informiert, dass ich ab Beginn einer teilstationären oder stationären Unterbringung zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann (§§ 91 bis 94 SGB VIII). Bei einer Maßnahme der Heimerziehung / des Betreuten Wohnens ist zumindest das Kindergeld von mir einzusetzen (§ 94 III SGB VIII).

Ich bin auf meine Auskunftsverpflichtung gemäß § 97 a SGB VIII hingewiesen worden.

Ort, Datum Unterschrift



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 6

Schweigepflichtentbindung für: geb.

Hiermit entbinde ich/entbinden wir

Name	Funktion

folgende Person(en)/Institution(en) von ihrer gesetzlichen/ärztlichen Schweigepflicht

Nr.	Name	Funktion/Institution
1		Beratungslehrkraft Erziehungshilfe (BE)
2		Fachkraft des Jugendamtes
3		Klassenlehrkraft
4		Schulleitung der Regelschule

gegenüber folgende(r)n Person(en)/Institution(en):

Nr.	Name	Funktion/Institution
1		FÖZ Lernen -Schulleitung
2		Fachdienst- oder Fachgruppenleitung
3		Koordination Schule Jugendhilfe
4		Kreisfachberatung Erziehungshilfe

Alle Beteiligten dürfen sich zu dem o.g. Fall wechselseitig informell austauschen.

Die Schweigepflichtentbindung gilt ausschließlich für folgende Sachverhalte/bis zu folgendem Datum:

Ich bin/wir sind von

darüber belehrt worden, dass diese Erklärung ohne Angaben von Gründen jederzeit widerrufen werden kann.

Ort, Datum, Unterschriften

**Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht****Anlage 7.1 Teilhabe einschätzung**

Ergänzende Einschätzung zur Klärung des Unterstützungsbedarfs zur Teilhabe an Bildung in Anlehnung am SHIP-Verfahren des Kreises Rendsburg-Eckernförde

Einschätzungsskala: Problem nicht vorhanden = 0 (0 – 4 %) | Problem leicht ausgeprägt = 1 (5 – 24%)
 Problem mäßig ausgeprägt = 2 (25 – 49%) | Problem erheblich ausgeprägt = 3 (50 – 95%) | Problem voll
 ausgeprägt = 4 (96 – 100%) | Nicht spezifizierbar = 8 | Nicht anwendbar = 9 | ICF im Internet: www.rehadat-icf.de

Bereich (beschreibend)	ICF	Klassenleitung Name:	Fachkraft BE Name:	Fachkraft TjM Name:	Stichworte	
d = Aktivitäten, Partizipation i = personenbezogene Faktoren	kann alterstypisch					
Regeln und Grenzen einhalten	d7203					
Kontakte mit Erwachsenen	d7400					
Kontakte mit Kindern	d7401					
Konfliktverhalten	d7103					
Krisenverhalten	d7102					
Nähe- und Distanzverhalten	d7204					
Organisation- und Schulabläufe	d820					
Anpassungsverhalten	d299					
Funktionalität (etwas umsetzen)	d155					
Selbständigkeit	i335					
Impulskontrolle	i436					
Sonstiges:					18	
	Wie gestaltet sich die Mitarbeit					
motiviert	i421					
aufmerksam	i448					
kontrolliert	i330					
offen/ zugewandt	i325					
impulsiv	i436					
gruppenfähig	i330					
konzentriert	i360					
Sonstiges:						
	Wie gestaltet sich das Pausenverhalten					
kann sich beschäftigen	i459					
hat Kontakt zu anderen	d7401					
kann sich orientieren	i449					
Sonstiges:						
Fachkraft TjM:	Die Diagnose, Achse I, bestätigt sich im Gesamt-Eindruck:				ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>



Entscheidungsverfahren zum Übergang in den anderweitigen Unterricht

Anlage 7.2 Teilhabeinschätzung

Stundenplan:

Zeit	Stunde	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag

Teilnahme an der Betreuten Grundschule: ja nein

Weitere beschulende / helfende Personen ja nein

Ressourcen der Schule allgemein (e398): _____

Interventionsverhalten in der Schule (e330): _____

Ressourcen der Schule bezüglich der Diag. (e3): _____

Belastungsfaktoren der Schule bez. der Diag. (e3): _____

Ergänzende Hinweise zur Infrastruktur etc.: _____

Ein ggf. beeinflussender, erzieherischer Bedarf kann bedingt bewertet werden. ja nein

Systemische Hinweise der aktuellen psychosozialen Umstände sind relevant. ja nein

Unterstützungsübersicht wöchentlich

- A. Unterrichtsstunden entsprechend Stundenplan _____ Stunden
- B. Unterstützungsbedarf Ø schultäglich inkl. Pausen _____ Stunden
- Von B. Unterstützungsbedarf Ø schulpädagogisch leistbar _____ Stunden
- Von B. Unterstützungsbedarf Ø über Schulbegleitungsbereich _____ Stunden

Die gesundheitliche Beeinträchtigung führt in Wechselwirkung mit den Barrieren zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Teilhabe: ja nein

.....
 Datum, Unterschrift Fachkraft TjM